



Finanzpolitischer Sprecher Chris Scheunchen

Erklärung der Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei zum Haushaltsentwurf der Landeshauptstadt Magdeburg 2015

Werter Herr Vorsitzender,
werte Stadträtinnen und Stadträte,
werter Herr Oberbürgermeister,
werte Gäste!

Wieder einmal legen uns der Oberbürgermeister und seine Verwaltung einen Haushalt zur Beratung und Beschlussfassung vor, der auf den ersten Blick ausgeglichen wirkt. Rund 608,9 Millionen Euro ordentliche Erträge und ordentliche Aufwendungen und ein Jahresüberschuss in Höhe von 70.750 Euro mögen sich für den geneigten Beobachter erst einmal positiv darstellen. Dies ist zunächst aber überraschend! Denn aus dem vorliegenden Entwurf geht hervor, dass noch immer nicht abschließend geklärt ist, in welcher Höhe die Mittel durch das Finanzausgleichsgesetz vom Land fließen.

Doch wenn man sich das vorliegende Zahlenmaterial einmal genauer anschaut, offenbaren sich die Schwächen. Dieser Haushalt resultiert aus Schönrechnungen, nicht nachvollziehbaren Verschiebungen und Kürzungen an den falschen Stellen!

Wir nehmen zunächst einmal zur Kenntnis, dass bestehende Beschlüsse, wie die fortschreitende Haushaltskonsolidierung, zum Großteil umgesetzt wurden und dass dieser Haushalt sich den Gegebenheiten des Finanzausgleichsgesetzes anzupassen versucht.

An dieser Stelle soll Ihr Engagement gegen die Pläne der Landesregierung und damit das Aufbegehren gegen die Entscheidungen der eigenen Parteikolleginnen und Parteikollegen lobend erwähnt werden. Doch nur die Kritik der Verwaltung reicht in dem Fall nicht aus. Die verantwortlichen Landes- und Bundespolitiker in diesem Raum sehen wir deshalb besonders stark in der Pflicht, ihrer Verantwortung im Rahmen des Konnexitätsprinzips nach zu kommen und dafür Sorge zu tragen, dass den Kommunen die Kosten für aufgetragene Aufgaben erstattet werden.

Auch die Verwaltung muss energischer ihr Recht einfordern, stärker rechtlich gegen das Land vorgehen. Der Finanzbeigeordnete Zimmermann hat bei der Haushaltsberatung des Finanzausschusses dargelegt, dass aktuell ein Defizit von 17 Millionen zu verzeichnen ist. Und es ist noch völlig unklar, ob und wie es

ausgeglichen werden kann. Zwar zeichnet sich laut aktuellen Beschlüssen im Landtag ab, dass in den nächsten Jahren ein wenig mehr Geld zur Verfügung stehen wird, ausreichend wird es dennoch nicht sein.

Und dieser Prozess wird sich in den nächsten Jahren weiter fortsetzen. An dieser Stelle möchte ich nochmal auf unsere Anfrage im September bezüglich des FAGs hinweisen. In seiner Antwort legte Herr Dr. Trümper dar, dass im Haushalt eigentlich ein Fehlbetrag von 29 Millionen Euro vorlag, der auf null reduziert werden konnte. Nachdrücklich führte er aus, dass der Finanzplan aber keine weiteren Einsparungen zu lasse und er - also der Oberbürgermeister - nicht weiter sparen könne. Die Kürzungen des Landes seien bisher nicht im Haushalt einberechnet, da er sie nicht kenne. Weiterhin offenbarte er, dass der ausgeglichene Haushalt nur mittels eines Tricks geschafft wurde, nämlich durch die Entnahme von 6,5 Millionen aus der Rücklage. Dies zeigt doch, wie hier hin und her gerechnet wird, wie die Finanzen der Stadt geopfert werden, nur um am Ende den Anschein einer schwarzen Null irgendwie erhalten zu können. Eine schwarze Null, die letztlich keine ist!

Wenn klar ist, dass dies im nächsten Jahr nicht so weiter gehen kann, dann muss man sich der Realität stellen und dem Land die Folgen aufzeigen. Folglich gäbe es keine weiteren Einsparungen! Dann kann kein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden und die Schulden müssen zwangsläufig steigen. Dieses Risiko muss das Land zur Kenntnis nehmen, wenn es dies nicht tut, dann ist der aktuellen Regierungskoalition nicht mehr zu helfen.

Ein weiterer Kritikpunkt am vorliegenden Haushalt ist für uns der Deckungsbereich KiföG. Zwar wird hier im Vergleich zum letzten Jahr ein Mehrbedarf von 1,62 Millionen € eingeplant, dennoch klafft eine Finanzierungslücke von 3,37 Millionen €. Sie wird zwar als Forderung gegenüber dem Land verbucht, aber auch hier ist noch völlig unklar, ob das Geld wirklich fließen wird. Und selbst wenn diese Mittel fließen, bleibt die Frage, ob die eingeplanten Mittel wirklich ausreichen. Aus unserer Sicht reichen sie nicht! In der Novembersitzung des Stadtrates zeigte sich, dass bereits im letzten Jahr der Bedarf falsch eingeschätzt wurde. Die überplanmäßigen Aufwendungen im Jahr 2014 betrugen bisher etwa 5 Millionen Euro. Und wir sehen nicht, dass sich dies im nächsten Jahr ändern wird.

Sie kritisieren ja selbst, dass das Land die Betreuungszeit auf 8 Stunden festsetzt, in Magdeburg aber im Schnitt 9,4 Stunden die Realität sind. Dieser Realität muss man sich dann eben stellen und den Rest selbst ausgleichen. Zumal sich in den nächsten Jahren abzeichnet, dass der Bedarf nicht sinken, sondern weiter steigen wird. Schon jetzt sind die Kitas voll ausgelastet, Eltern suchen händeringend nach freien Plätzen. Angesichts der aktuellen geburtenstarken Jahrgänge ist abzusehen, dass dieser Bedarf auch weiterhin steigen wird. Anstehende Gehaltssteigerungen im Kitabereich, vor allem durch neue Tarife dürfen nicht durch Personalabbau ausgeglichen werden. Weiterhin stellt sich uns die Frage, wie sich der Wegfall des bisherigen Eigenanteils

freier Träger der Kinderbetreuung in den nächsten Jahren auf dem Haushalt auswirken wird. Hier muss für die Zukunft Geld in die Hand genommen werden, hier darf nicht an der Zukunft unserer Kinder gespart werden!

Und wenn man das Ganze unter dem Blickwinkel betrachtet, dass immer mehr Kinder in Armut geboren werden und aufwachsen, muss man zu der Erkenntnis kommen, dass Kürzungen und Einsparungen in diesem Bereich unmöglich sind. Wir müssen unseren Kindern eine gute Basis schaffen, um ihnen den Weg in ein erfolgreiches Leben zu ermöglichen. Das fängt bereits im Kitabereich an!

Denn gerade die Kinder werden von Ihnen gern als Argument genommen, wenn es wieder heißt: „Wir dürfen uns nicht weiter verschulden, denn wir haben die Verantwortung diese Schulden nicht unseren Kindern aufzubürden“. Das mag unter bestimmten Voraussetzungen richtig sein, aber noch mehr haben wir die Verantwortung für sie eine Stadt zu gestalten, die auch in vielen, vielen Jahren noch lebenswert ist und in der die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge vernünftig ausfinanziert sind. Nicht nur um des puren Erhaltens willen, sondern um Entwicklungen zu ermöglichen. Wenn wir die Entwicklungen der letzten Jahre sehen, gerät diese Vision mit dem vorliegenden Entwurf aber arg ins Wanken.

An dieser Stelle müssen wir natürlich auch wieder das Thema Verkehrsinfrastruktur ins Spiel bringen. Mit dem Tunnelbau wird derzeit ein Projekt angestoßen, dessen finanzielle Größenordnung immer noch nicht wirklich abschätzbar ist. Aufgrund wohl geringer ausfallender Landesmittel in Folge des Ausscheidens des bei Planungsbeginn zuständigen Bauministers, stellt dies eine enorme Herausforderung für die kommunalen Haushalte der nächsten Jahre dar. Das Projekt wird ein riesiges Loch in die Kassen reißen! Um dieses Loch zu schließen, wird in den nächsten Jahren wohl entweder an den freiwilligen Aufgaben der Kommune oder am Erhalt der bisherigen Verkehrsinfrastruktur, an Straßen, an Fußwegen, am öffentlichen Personennahverkehr gespart werden. Beides können und wollen wir nicht hinnehmen.

Denn der Erhalt der notwendigen Verkehrsinfrastruktur muss trotz des Tunnelprojektes sichergestellt werden, einerseits weil Wirtschaft und Handel von einem funktionierenden Verkehrssystem profitieren. Aber andererseits ist ein intaktes Verkehrsnetz auch immanent wichtig für die Teilhabe am gesamtstädtischen Leben von Menschen aus verschiedenen Stadtteilen, vor allem den Randbereichen.

Apropos Teilhabe am gesellschaftlichen Leben: Die Stadtverwaltung muss sich Gedanken machen, wie die Situation der Flüchtlinge in dieser Stadt Stück für Stück verbessert werden kann. Auch hier zeigt der vorliegende Entwurf auf, dass das Land und Bund die eigentlich benötigten Mittel nicht in vollem Umfang erstatten werden. Wir begrüßen es, wenn die Stadt Geld in die Hand nimmt und den Differenzbetrag selbst begleicht. Flüchtlinge, also Menschen, die ihr Land verlassen aufgrund von Gewalt, Krieg, Bedrohung, Verfolgung oder aufgrund des Wegfalls ihrer kompletten

Lebensgrundlagen und die in dieses Land kommen, sollten wir nicht als Belastung sondern als Bereicherung sehen.

Studien zeigten erst kürzlich wieder, dass Zuwanderer nicht nur in kultureller Hinsicht eine Bereicherung für uns sind. Sie stellen aufgrund ihrer Erfahrungen und ihres Wissens auch für unsere Wirtschaft ein enormes Potential dar. Deshalb sollten wir uns offen den Herausforderungen stellen, die durch zunehmende Flüchtlingszahlen auf uns zu kommen. Der Finanzbedarf in diesem Bereich wird in den nächsten Jahren nicht fallen, sondern jährlich steigen und den kommunalen Haushalt stark belasten. Wir müssen die Menschen deshalb hier herzlich empfangen und ihnen eine Unterbringung ermöglichen, wie wir sie uns selbst wünschen würden. Und die zudem noch nachweislich günstiger ist (DS 099/10), nämlich eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen statt in Heimen.

Dann sinkt auch, wie sich in anderen Kommunen zeigt, der Finanzbedarf pro Kopf und die vom Land bereitgestellten Mittel decken fast vollständig die Kosten. Hier sind aber ebenso Landes- und Bundesregierung gefordert. Wir appellieren an jene im Saal, die diesen Gremien angehören, sich dessen bewusst zu werden. Um die Kommune finanziell zu entlasten, müssen der Stadt mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, um endlich Menschen menschenwürdig aufzunehmen und unterzubringen.

Doch wo fließt all das Geld hin, welches in diesen Bereichen fehlt? In fragwürdige Versuche, die Stadt Magdeburg bekannter und attraktiver zu machen. Vom German Travel Mart, dessen reale Nachhaltigkeit wir stark in Frage stellen bis hin zur Ottostadtkampagne, die zwar viel Geld kostet, deren Erfolge aber bisher kaum messbar sind, sehen wir Maßnahmen, die eingespart werden könnten. Hier stellen wir uns andere Dinge vor, hier erschließt sich uns der Sinn der Investitionen nicht. Eine für Wirtschaft und Handel, aber vor allem auch für Menschen attraktive und interessante Stadt kann auch anders gewährleistet werden: Mit einer vielfältigen Kultur, guten Lebensbedingungen, attraktiven Freizeitangeboten, guter Verkehrsinfrastruktur und einer guten sozialen Sicherung. Diese Punkte sehen wir als LINKE im vorliegenden Haushaltsentwurf nicht zu unserer Zufriedenheit erfüllt. Deshalb kann und wird unsere Fraktion dem Entwurf in dieser Form nicht zustimmen!

Chris Scheunchen
Finanzpolitischer Sprecher